

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 12.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorausbezahlung. — Geldsendungen nur: Postsparkonto 7718 Köln.

Köln, den 22. März 1912.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Tammsstraße 14. Telefonruf B. 1548. — Redaktionschluss ist Montag Mittag.

13. Jahrg.

Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr.

Die Sache und Genossen haben also ihren Willen durchgesetzt. Am Montag, den 11. März, sind 34,38 Prozent der Bergarbeiter im Ruhrbecken in den Ausstand getreten. Das war nicht der Erfolg, den man erhoffte! Hatte man doch in der Woche vor nach allen Regeln der Kunst schärf gemacht, am Sonntag, den 10. März in den Versammlungen des gloriosen Dreibundes 50 000 Bergarbeiter für den Streik begeistert und den Streikschluß der maßgebenden Konferenz in allen Orten des Ruhrreviers durch Extrablätter publiziert. Und nicht einmal die 50 000 streikten! Es änderte sich aber die Sache, als der Roboter der Sache der Sozialdemokratie zu Hilfe kam. Bekanntlich schienen sich alle Lumpen zur Sozialdemokratie. Die Jugungsgebe zu den Fischen wurden vom roten Janhagel befehlt und die nichtstreikenden Arbeiter durch Steinwürfe und Revolvergeschüsse gelehrt, daß jeder Gang zur Arbeitsstelle ein auf's Spiel setzen von Leben und Gesundheit bedeute. Die polizeilichen Schutzmaßnahmen erwiesen sich als viel zu schwach und nur so ist es verständlich, wenn die Streikführer in den ersten 4 Tagen fortgesetzt auf etwa 190 000 stieg. Um der drohenden Gefahr des sozialdemokratischen Terrors zu entgehen, blieben viele Bergleute ruhig zu Hause. Nachdem aber der rote Janhagel nicht mehr zu haben war, nach Hunderten von Verhaftungen wegen Teilnahme an Krawallen, nach Ueberfällen auf christliche Bergarbeiter und Sicherheitsbeamte, nachdem bereits 4 Menschen aus Anlaß der Unruhen ihr Leben gelassen, da rückte Militär ins Ruhrrevier, und die Streikführer kauften ab. Aus diesem geht schon hervor, daß es sich nicht um eine Bewegung handelt, getragen vom Willen der alten eingeseffenen Bergarbeiter. Wäre das der Fall, dann wäre der Streik von vornherein geschlossen und mit unverminderter Beteiligung weiter geführt worden. So aber verhängte das Militär den Schutz der Einzelnen und zahlreich nahmen die Bergarbeiter die Arbeit von Freitag, den 16. d. M. ab wieder auf. Es sind nicht nur christliche Gewerkschafter, die sich am Streik nicht beteiligten. Auch zahlreiche soziald. Verbände magen nicht mit. Entweder weigern letztere sich offen der Parole ihrer Verbandsleitung zu folgen, oder sie melden sich krank. Während sonst im Durchschnitt ca. 15 000 Bergarbeiter des Ruhrreviers krank feierten, ist deren Zahl in den ersten 5 Tagen des Streiks auf ca. 40 000 gestiegen. Daß dort, wo die Gelben auf den Fischen dominieren, die Krankheitsziffer vor und während des Streiks besonders gestiegen ist, nimmt jeder nicht wunder. Es ist zu erwarten, daß, nachdem ein ausreichender Schutz der Arbeitenden gewährleistet ist, die rote Herrschaft elend in die Brüche geht. Das wird gut sein und mußte kommen. Keineswegs aber wird die Zertrümmerung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter gelingen. Was gerade über die rote Presse zusammenläuft, geht auf keine Kuhhaut. Da sollen Hunderte von christlichen Bergarbeitern zum soziald. Verband übergetreten sein und mitstreiken. Der Führer des Kampfes im Jahre 1905, Effert, soll aus dem Vorstande des Gewerkschaftsvereins entfernt worden und in anderes Revier abgehoben sein usw. All diese Meldungen sind Schwundelnachrichten, die nur Verwirrung in die Reihen der christlichen Arbeiter bringen sollen. Daß das nicht möglich sein wird, dafür bürgt der gesunde Sinn der christlichen Gewerkschafter.

Folgen wir nunmehr den Gründen und Phasen des jetzigen Bergarbeiterkampfes.

Die Einleitung des Kampfes.

Am 2. Februar erließ der Bergbauische Verein in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung eine Notiz, in der Lohnhöherungen angekündigt wurden. Am 5. Februar fand eine Sitzung von Vertretern der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen statt, an der auch Vertreter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter teilnahmen. In dieser Sitzung wurde von dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband angeregt, es solle jetzt eine Eingabe an den Fiskus gemacht werden wegen der Lohnfrage. Die Vertreter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter vertraten den Standpunkt, daß, nachdem Lohnankündigungen erfolgt seien, man nicht abwarten solle, inwiefern diese von den einzelnen Fischen erwirkelt würden; wenn in einigen Wochen keine genügende Lohnhöherung zu beobachten sei, könne immer noch eine diesbezügliche Eingabe an den Fiskus gemacht werden. Die Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes wollten diese Gründe nicht anerkennen, worauf die Sitzung geschlossen wurde und die Vertreter der christlich organisierten Bergarbeiter sich entzogen. Am 6. Februar haben dann die Verbände der sozialdemokratischen Bergarbeiter, der polnischen Bergarbeiter-Vereinsvereinigungen und der Hirsch-Dundersche Gewerkschaft der Bergarbeiter eine Eingabe an den Fiskus und den Bergbauischen Verein beschlossen, die lediglich auf die Lohnfrage bezug nahm. Der Fiskus antwortete:

Auf Ihr an uns und gleichlautend an den Bergbauverein gerichtetes Schreiben vom 6. d. M. teilen wir Ihnen höflich mit, daß wir aus wiederholten dargelegten Gründen in Lohnfragen nicht eingreifen können.

Wir unterlassen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß, abgesehen von der seit Anfang 1910 bereits eingetretenen allgemeinen Lohnsteigerung, infolge der vom Kohlsyndikat zum 1. April d. J. beschlossenen Preiserhöhung eine Erhöhung der Schichtlöhne im niederrheinisch-westfälischen Bergbau teils erfolgt ist, teils unmittelbar bevorsteht. Eine Erhöhung auch der übrigen Schichtlöhne ist angesichts der starken Beschäftigung der Industrie mit Sicherheit zu erwarten, vorausgesetzt, daß unser Wirtschaftslieben von Störungen verschont bleibt.

Aus dieser Antwort geht sehr deutlich hervor, daß in der Lohnfrage teilweise bereits Zugeständnisse gemacht worden und weitere bevorstehen. Und nunmehr konnte beobachtet werden, wie die Grundlage der Lohnbewegung vollständig verschoben wurde. Während man bisher nur wegen der Lohnfrage vorstellig wurde, wurden am 19. Februar weitere Forderungen gestellt, die sich bezogen auf eine 15%ige Lohnhöherung, die Abschlagszahlung, die Schichtzeit, die Ueber- und Nebenschichten, die Kolonienwohnungen, das Knappschaffswesen, den Arbeitsnachweis, das Strafwesen, auf ein Schiedsgericht und auf Ausnahmestrafen für alkoholfreie Getränke. Ueber die Ursache dieser Schwankung ist bisher nichts verlautbart; sie ist in der Lage des englischen Kohlenbergbaus begründet. Man beachte die Daten. Die erste Eingabe, die nur auf die Lohnfrage bezug nahm, erfolgte am 6. Februar, die zweite Eingabe mit den zehn Forderungen ist datiert vom 19. Februar, ist aber nach den Berichten der Ruhrpresse erst am 22. Februar morgens bei dem Fiskusverband und dem Bergbauischen Verein eingetroffen, somit im Verlaufe des 21. Februar abgelehnt worden. Am 21. und 22. Februar fand in London eine internationale Konferenz statt, an der deutscherseits Sache und Witte vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband teilgenommen haben. Die obigen Forderungen sind also während der Londoner Tagung an die deutschen Unternehmer abgelehnt worden. Auf der Londoner Konferenz sind ohne Zweifel Vereinbarungen getroffen bzw. Beschlüsse gefaßt worden, die für die veränderte Taktik des sozialdemokratischen Verbandes bestimmend waren. Und da mit der Lohnfrage, die den Ausgangspunkt der Lohnbewegung bildete, ein Streik sich nicht mehr rechtfertigen ließ, wurde eine Anzahl weiterer Forderungen gestellt.

Ein Sympathiestreik für England.

Ein Streik der Bergarbeiter ist im Augenblick, man mag das von sozialdemokratischer Seite leugnen oder nicht, tatsächlich ein sogenannter Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter. Ob er ihnen wirklich nützt, mag dahingestellt sein. Es genügt, daß es sich bei einem solchen Sympathiestreik um eine wesentlich von sozialdemokratischer Seite von allerseher in der Arbeiterschaft gepflegte Idee handelt, die man aus sozialdemokratischen revolutionären Erwägungen heraus auch heute noch auf dieser Seite gerne verwirklicht. Der falsche Gedanke einer völligen internationalen Interessensolidarität des Proletariats liegt ihr zugrunde. Daß die internationale Situation für die Haltung des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes zum Ruhrbergarbeiterstreik bestimmend war, gab die sozialdemokratische Bergarbeiterzeitung auch selbst zu, indem sie in Nr. 6 vom 10. Februar über die Bewegung in England schrieb:

„Die Nachricht, daß der deutsche Verband seine Mitglieder auffordert Ueberstunden und Ueberlichkeiten zu meiden, um den britischen Kameraden den Kampf nicht zu erschweren, hat allgemeine Genugthuung hervorgerufen... Die britischen Bergarbeiter hoffen, daß ihre deutschen Kameraden die internationale Solidarität durch die Tat beweisen werden, selbst für den Fall, daß die Deutschen nicht imstande sein sollten, die durch den Kampf um den Minimallohn geschaffene günstige Konjunktur auszunutzen.“

Auch die Leipziger Volkszeitung mußte bereits im Januar (Nr. 9) zu berichten, daß „vielleicht noch bis zum Frühling die ganze Welt durch einen Generalstreik erschüttert wird“. Der Bergarbeiterstreik in England ist aber nicht, wie dies auf den ersten Augenblick scheinen möchte, von günstiger Rückwirkung auf einen Bergarbeiterstreik in Deutschland. Dieser Auffassung hat auch der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Qué in einer Versammlung am 3. März zu Werden nach einem Bericht der Köln. Ztg. (Nr. 240 vom 4. März) mit folgenden Worten Ausdruck gegeben:

„Durch einen Streik in Deutschland würde den englischen Grubenbesitzern das Herz erleichtert, da sie nicht mehr zu fürchten brauchen, ihre Absatzgebiete zu verlieren. Die Fortsetzung der Förderung hier in Deutschland ist das härteste Pressionsmittel, das für die englischen Bergarbeiter gegenüber den englischen Grubenbesitzern vorhanden ist.“

Durch den englischen Bergarbeiterstreik fehlt in der Gegenwart tatsächlich eines der hauptsächlichsten Druckmittel auf die deutschen Bergbauunternehmer. Der Hauptkohlenkonkurrent Deutschlands ist nämlich England; in der Gegenwart aber kann England weder dem deutschen Bergbau Konkurrenz noch Absatzgebiete streitig machen, weil die englischen Bergleute selbst streiken. Der deutsche Bergbau kann also in den nächsten Wochen Absatzgebiete nicht verlieren. Im Gegenteil, ein Teil der englischen Absatzgebiete in Deutschland (Berklin, Stettin usw.) wird nunmehr von der schlesischen Kohle voraussichtlich zurückerobert werden. Der Ruhrbergbau kann sonach in der Gegenwart einen Streik von einmonatlicher Dauer ohne dauernden Verlust von Absatzgebieten ertragen. Der Ausfall an der Produktionsmenge kann im Verlaufe des Jahres durch Einlage von Ueberlichkeiten zum Teil durch das Kohlsyndikat reguliert werden. Ein größerer Schaden kann durch einen Bergarbeiterstreik in der Gegenwart lediglich

den übrigen Industrien, insbesondere der Metall- und Textilindustrie, verursacht werden. Und diese Industrien haben ohne Zweifel die Situation im Bergbau nicht verschuldet. Die Textilindustrie hat sich ohnedem noch kaum von ihrer schwierigen Lage, in der sie sich im letzten Jahre infolge der anormal hohen Baumwollpreise befand, wieder erholt. Auf solche Gesichtspunkte und Zusammenhänge hat eine Gewerkschaftsbewegung Rücksicht zu nehmen und zwar nicht bloß im Interesse der einheimischen Volkswirtschaft, sondern auch im ureigensten Interesse der in den übrigen Industrien beschäftigten Arbeiterschaft. Die deutsche Textilindustrie und verschiedene Zweige der deutschen Metallindustrie hätten, wenn es in Deutschland nicht zum Streik gekommen wäre, ihren englischen Konkurrenzindustrien in der Gegenwart wie noch nie bekommen können. Der deutschen Textilindustrie hätte bei dieser Gelegenheit ein großer Teil der Ellenbogenfreiheit verschafft werden können, die sie gegenüber der englischen Konkurrenz längst benötigt. Die deutschen Arbeiter haben wahrhaftig nicht die Aufgabe, für die englische Industrie die Kohlen aus dem Feuer zu holen.

1905 — 1912.

Die gegenwärtige Lage des Arbeitsverhältnisses im Ruhrbergbau ist eine wesentlich andere, wie etwa beim Streik des Jahres 1905. Die damalige Bewegung trug den Charakter eines Abwehrkampfes. Den letzten und wichtigsten Anlaß zum damaligen Streik gab bekanntlich die mehrfach versuchte Verlängerung der Seilfahrt und damit der Schichtdauer. Diese spielt in der Geschichte der Bergarbeiterbewegung eine große Rolle. Die Möglichkeit und Tatsächlichkeit ständig fortwährender Verlängerung der Schicht durch die Seilfahrt infolge des Wachstums der Belegschaft war daher ein beträchtlicher Zündstoff für den Streik. Die Wirkung dieses Zündstoffes war um so größer, als damals noch eine Reihe anderer mißlicher Umstände eine Steigerung der großen Unzufriedenheit erzeugt hatten. (Verweigerung der Deputatskohlen, Wagenmullen, Mißstände im Knappschaffswesen usw.) So war damals der Streik nicht hintanzuhalten. Wenn man alle diese Zusammenhänge gerecht würdigt, muß man die Berechtigung und Unvermeidlichkeit des damaligen Streiks zugeben. Ganz anders liegen die Dinge heute. Daß die sozialen Verhältnisse der Ruhrbergarbeiter vieles zu wünschen übrig lassen, daß insbesondere die Unternehmer es nicht verstanden haben, die Arbeiter richtig zu behandeln, ist unter den Arbeiterorganisationen keine Streitfrage. Aber mit der bloßen Erkenntnis befreit man die beklagten Zustände nicht. Zudem wäre in der gegenwärtigen Situation auch ohne Streik eine Anzahl Zugeständnisse von den Unternehmern zu erzielen gewesen. Die ganze Situation zwang ja gleichsam die Unternehmer zu Zugeständnissen in der Lohnfrage: die Situation in England, die aufsteigende Konjunktur, die Bornahme einer Erhöhung der Kohlenpreise durch das Kohlsyndikat usw. Ganz abgesehen von dem mehrfach wiederholten Berzipsprechen der Werksverwaltungen, abgesehen auch von den schon tatsächlich erfolgten Lohnaufbesserungen sind gegenwärtig die Bergwerksbesitzer zu beträchtlichen Lohnaufbesserungen deshalb gezwungen, weil die gesamte und nationale Lage des Bergbaugewerbes im Augenblick zur äußersten Produktionssteigerung zwingt und gleichzeitig außergewöhnlich hohe Gewinne ermöglicht, vorausgesetzt natürlich, daß das Gewerbe keiner Störung unterliegt. So mußte nach der einen Seite die Notwendigkeit des Streiks verneint werden.

Die Schädigung der deutschen Volkswirtschaft.

Ein trotzdem angewandter Streik mußte anderseits sowohl vom Standpunkte des Bergbaues wie der deutschen Volkswirtschaft als im höchsten Grade verwerflich erscheinen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Situation für den deutschen Bergbau eine überaus günstige Konjunktur bedeutet. Er ist im Augenblick in der Lage, neue Absatzmärkte sich zu sichern, die ihm zum Teil durch Schleuderpreise von der ausländischen Konkurrenz entziffen worden waren.

Der englische Kohlenbergbau war von Jahr zu Jahr mehr auf den Export angewiesen. Er steigerte ihn durch ganz außerordentliche Preisunterbietungen auch auf dem deutschen Markt. Von 1900 zu 1909 stieg der englische Export von 4,10 Millionen Tonnen auf 65,69 Millionen Tonnen, nahm also um 42 Prozent zu. Trotz gesteigertem Export ging der Wert der Ausfuhr absolut zurück und fiel von 772 Mill. Mk. im Jahre 1900 auf 740 Mill. Mk. im Jahre 1909. Während der Exportpreis der englischen Kohle durchschnittlich 1900 auf rund 16 Mk. stand, betrug er 1909 nicht ganz 12 Mk. Der deutsche Steinkohlenbergbau hat dem gegenüber in der gleichen Zeit sowohl seinen Export gesteigert, wie auch den Wert des Exports um 43 Prozent erhöht.

Das gesamte deutsche Gewerbe steht im Begriffe, sich von den Jahren einer schleichenden Krise wieder zu erholen. Auch die für den Weltmarkt arbeitende deutsche Industrie konnte im Augenblick auf eine Besserung der Konkurrenzverhältnisse und eine Belebung des ausländischen Marktes rechnen. Gewisse Wirren im Zustande lassen nach, die beträchtliche englische Konkurrenz ist im Augenblick gelähmt, das alles bedeutet für die deutsche Industrie eine vorteilhafte Position. In ihrer Ausnutzung ist nicht nur das deutsche Kapital, sondern die gesamte

deutsche Arbeiterschaft, letzten Endes auch die Bergarbeiterschaft interessiert, die der deutschen Industrie das Brot, die Kohle, zu liefern hat. In dieser Situation der deutschen Bergbau durch einen unnötigen Preisstreik lahmzulegen, ist geradezu ein Verrat an der deutschen Volkswirtschaft und am nationalen Wohl. Dazu konnte sich ein christlich-nationaler Gewerksverein unmöglich hergeben.

Die Bewegung trägt keinen wirtschaftlichen, sondern ausgesprochen sozialdemokratisch politischen Charakter.

Der sozialdemokratische parteipolitische Charakter der Bewegung steht außer allem Zweifel. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband hat nicht umsonst seine Vertreter nach England entsandt. In demselben Zuge, da diese in London verhandelt, wurde die bekannte Eingabe des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes und seiner Gefolgschaft mit den erweiterten Forderungen an den Besenverband abgesandt. Diese Vorgänge stehen in offenbarem Zusammenhang. Seit Jahr und Tag ist von den Vertrauensleuten des sozialdemokratischen Verbandes der Streik vorbereitet worden, nicht in öffentlichen Versammlungen, da wird immerfort Scheinheiligkeit zum Frieden geredet, selbst dann, wenn der Ausbruch des Streiks schon ausgemachte Sache ist. Anders aber geht's im Stillen, von Mann zu Mann unter der Belegschaft und in der persönlichen Agitation. Die Erweiterung des Antrages auf Lohnhöhung zu den zehn Forderungen der zweiten Eingabe an den Besenverband war für jeden Kenner der bisherigen Entwicklung der Bergarbeiterbewegung das Signal zum kommenden Streik. Eine fünfzehnprozentige Lohnhöhung bedeutet — nebenbei bemerkt — einen Durchschnittslohn von rund 1400 Mk. vorausgesetzt eine jährliche Steigerung der Lohnsumme um 70—75 Mill. Mk., fast ein Zehntel des Gesamtwertes der gesamten Kohlenherzeugung des Ruhrgebietes! Der Streik brach denn auch tatsächlich im Dortmund Revier aus, noch ehe Antworten von Seiten der Arbeitgeber eingegangen waren, und Funktionäre und Vertrauensmänner des sozialdemokratischen Verbandes erklärten vor den Streikenden des Dortmund Reviers offen, daß ihr einziger Fehler darin bestünde, daß sie die Broden zu früh hingeworfen hätten. Man hätte warten sollen bis zum Montag. „Den unüberlegten Schritt können wir nicht gut heißen, ich bitte Sie, fünf Tage lang das Joch auf sich zu nehmen und dann mit der gesamten Belegschaft des Ruhrreviers auf dem Kampfplatz zu erscheinen,“ so der sozialdemokratische Verbandsbeamte Döllner in einer Versammlung der vorgezogenen Streikenden auf Zeche Kaiserstuhl. Am dem der offiziellen Eröffnung des Streiks voranzugehenden Sonntag, den 10. März sollte die Revierkonferenz des „Dreibundes“ in Herne den entscheidenden Beschluß fassen. Man war sich im sozialdemokratischen Lager klar, daß eine starke Minorität der eigenen Leute den Zeitpunkt für einen Streik für ungeeignet hielt. Darum mußte im Sinne des Streiks vor der Konferenz Stimmung gemacht werden. Von leitender Stelle wurde der vorausgeschickte Streik von 200 000 Bergleuten an die Wand gemalt, in Berichten an die Zeitungen nach der Ausbruch des Streiks als fälschlich bezeichnet und das Flugblatt, welches den Streik proklamieren sollte als Beschluß der Revierkonferenz, war schon am Tage vor der Revierkonferenz gedruckt. Das paßt genau in ganze sozialdemokratische, man möchte fast sagen anarcho-sozialistische Linie, welcher der alle Bergarbeiterverband von Jahr zu Jahr mehr zum Opfer fällt. Schon bei Gelegenheit des letzten Streiks schrieb die Dortmund Arbeiter-Zeitung (2. Februar 1905):

„Seht, wo der Boden aufnahmefähig ist, wie noch wie zuvor, jetzt sollen wir Mühsal aufhören, den Samen der Sozialdemokratie ausstreuen? Warum nicht wir!“

Der Redakteur der genannten Zeitung bezeichnet die Parole der Sieben-Kommission, den Streik rein gewerkschaftlich zu führen, als „Fumbung.“ Von der sozialdemokratischen Parteipresse des Ruhrreviers ist diese anarcho-sozialistische Stimmung im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband ständig genährt worden. Es gibt wohl wenig sozialdemokratische Blätter, die sich seit Jahren einer so radikalen Sprache befleißigen, wie die sozialdemokratische Ruhrpresse. Der Radikalismus kann gar nicht mehr überboten werden. Die offizielle anarcho-sozialistische Organisation hat im Ruhrrevier nicht viele Mitglieder, aber Laubbäume ihrer Gesinnungsgenossen befinden sich im alten Bergarbeiterverband, vor allem im Dortmund Revier. Denn auch in diesem Bezirk die ersten Schritte, darum dort auch die häufigsten Eskandale.

Die innere Verfassung des soziald. Bergarbeiterverbandes.

Dieser Zweifel ist eine Ursache des Streiks auch in den Organisationsverhältnissen des soziald. Bergarbeiterverbandes zu suchen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung hat in den Jahren von 1905 bis 1911 ihre Mitgliederzahl rund verdoppelt; der einzige Verband, der in der gleichen Zeit seine Mitgliederzahl um 20 000 vermindert, ist der sozialdemokratische Bergarbeiterverband. Denn ist in den Kreisen der Sozialdemokratie an der Ruhr infolge des Ausganges der letzten Reichstagswahl, wo der Sozialdemokraten Partei und Sozialdemokratie verlor, eine große Enttäuschung ausgebrochen. Auch diese Tatsache hat zu dem Ausbruch des Streiks in der Gegenwart reichlich beigetragen.

Denn kommt denn noch die Forderung des Verbandes, die ebenfalls eine Milderung der Mitglieder auf ein anderes Ge-Weil zu bewirken ergreift. Man erinnert sich nur der großen im Reich der verschollenen Unterführungen. Endlich ist wieder der Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes ein großer Teil anarcho-sozialistischer Geistes angefallen. Die anarcho-sozialistische Bewegung selbst hat im Ruhrrevier nur wenige Mitglieder, dafür sind aber sehr viele Laubbäume Sozialisten im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband. Viele von ihnen spielen sogar zu den eifrigsten und aggressivsten Betrübnissen des sozialdemokratischen Verbandes. Sie sind der sozialdemokratischen Verbandsleitung über den Kopf gewachsen. Denn ist in einem Verbande die Leiter nicht Führer, sondern die Geführten sind, so im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband. Weiter habe es ohne Zweifel um die Ruhrbergarbeiterbewegung besser, wenn man es im sozialdemokratischen Lager mit einem Führer zu tun hätte. Unter den christlichen Arbeiterführern besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß, wenn der kirchliche Leiter des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes

Bramelburg an der Spitze des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes stünde, der unschöne Krieg unter den Bergarbeiterorganisationen mit einwandfreien Waffen ausgekämpft und ein besseres Zusammenarbeiten ermöglicht würde. Schon im Jahre 1897, also kurz nach der Gründung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, schrieb der ehemalige Vorsitzende des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, Möller, an den derzeitigen Redakteur der sozialdemokratischen Bergarbeiterzeitung einen Brief, worin Hrn. Gué anempfohlen wurde, er solle die Mitglieder des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter streichen und Brust (den damaligen Vorsitzenden des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter) vor den Rauch treten. Als auf dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsfest 1905 der sozialdemokratische Bergarbeiterverband wegen der Tatsache, daß dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter der Vorsitz der Siebenkommission übertragen wurde, angegriffen wurde, sagte Sachse offen, daß man dies lebendig deshalb getan habe, um den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zu schädigen, um dessen Mitgliedern zu zeigen, daß sie von dem Gegenwartsstaat nichts zu erwarten hätten. Endlich, als dieser Streik vorbei war, bei dem die Einigkeit der Bergleute sehr stark betont worden war, glaubte der sozialdemokratische Verband diese Situation zu einem groß eingeleiteten Verschmelzungstrummel ausnützen zu sollen in der Absicht, dadurch innerlich des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Kernwirkung anstiften und ihn schädigen zu können.

Der Kampf gegen die christliche Bergarbeiterorganisation.

Um die sozialdemokratische Streittheorie richtig zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß hinter derselben das schlecht verhehlte Bestreben steht, den Gewerksverein christlicher Bergarbeiter zu vernichten. Seit Jahr und Tag arbeitet der sozialdemokratische Verband auf dieses Ziel hin. Die schärfsten Mittel hat er zu dem Zwecke nicht gescheut. Der Verleumdungsfeldzug des Alten Verbandes gegen den christlichen Gewerksverein und gegen seine Führung ist bekannt. Es braucht in diesem Zusammenhang nur auf die 30 000 Mark-Affäre (angebliche Bestechung Krusts) hingewiesen zu werden. Trotz dieser gehässigen Haltung gegen den Gewerksverein machte man gelegentlich wiederholt in sog. Verschmelzungstrummel, natürlich mit dem offensichtlichsten Zweck, den christlichen Gewerksverein, den man in dieser Umarmung insdrücken wollte, als den Störenfried zu brandmarken, wenn er sich einer so gearteten Umarmung entzog. Mißglückte dieser Trick, so versuchte man es mit Liststreifen. Es ist noch in lebhafter Erinnerung, was die Leipz. Volksztg. nach dem Streik von 1905 schrieb:

„Der Moment wäre da, die zögernde und schwankende christliche Gewerksorganisation mit einem tüchtigen Schlag zu zertrümmern und für den (sozialdemokratischen) Verband einen Fischzug zu tun, wie er ihn noch nie tat. (21. Februar 1905.)“

Zähneknirschend schrieb dieselbe Leipziger Volkszeitung am 27. Juli 1905:

„Seider erhielt der christliche Verband durch den Streik ein Relief und jetzt Fundament, das ihm sonst wohl verfaßt geblieben wäre. Unsere Erwartung, dem christlichen Verbande werde bei passender Gelegenheit das kümmerliche Holzband umgelegt werden, erfüllte sich nicht.“

In dem gleichen Sinne hieß es jetzt vor dem diesjährigen Streik:

„Entweder der Gewerksverein wird mit einziehen in den Kampf oder er wird beschwunden von der Belegschaft. (Sozialdemokratische Bergarbeiterversammlung am 3. März in Altenessen.)“

Wer will es da dem Gewerksverein verübeln, daß er sich mit aller Energie gegen diesen sozialdemokratischen Terrorismus zur Wehr setzt? Er würde sich selber aufgeben, ebenso wie die gerechte Sache der Bergarbeiter, wenn er anders handelte.

Die öffentliche Meinung

Reht beim diesjährigen Kampfe nicht auf Seite der Streikenden. Der gegenwärtige Streik gewinnt den Charakter eines internationalen Generalstreiks, der unausbleiblich mit einem Fiasko für die Bergleute endigen muß. Gewiß kann unter Umständen ein großer Bergarbeiterstreik selbst dann Erfolge erzielen, wenn die Massen der Bergleute zu einem langen Streik nicht ausreichen (vgl. den Bergarbeiterstreik von 1905 und die darauf folgende Bergarbeiterführungsgeheule). Dazu ist aber immer die Gunst der öffentlichen Meinung und der gesetzgebenden Körperschaften erforderlich. Daran fehlt es im gegenwärtigen Streikfalle zweifellos. Die öffentliche Meinung wurde nicht auf Seiten der Bergleute gefunden haben, selbst wenn der Streik im Ruhrgebiet ein allgemeiner geworden wäre, und die Regierung würde es mit derselben Sicherheit abgelehnt haben, in die Regelung der Lohnfrage ihrerseits eingzugreifen. Wer wollte angefaßt dieser Zusammenhänge es dem Gewerksverein nicht hoch anrechnen, daß er dem sozialdemokratischen Zwange sich mit aller Entschiedenheit entgegenstellte? Nur blinder Parteilassismus, wie er bezeichnenderweise sich auch bei dieser Gelegenheit in gewissen liberalen Blättern gezeigt hat, kann sich um die Klarlegung der Haltung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter herablassen oder gar noch diese Haltung mißdeuten und durch gefälschte Berichte verunkeln. Jeder Freund einer gesunden wirtschaftlichen Entwicklung wird im Gegenteil anerkennen müssen, daß es sich hier um eine „Tat“ handelt. Denn diese Haltung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter ließ sich nicht von heute auf morgen durch ein „Kommando“ der Leitung erzielen. Sie konnte nur das Resultat einer langjährigen gewerkschaftlichen Schulung sein. Die starke Organisation des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter, seine Disziplin, die seit Jahren gepflegten Unterrichtsstunden unter vertrauensleuten, das ethische, ideale und nationale Streben der Anhänger des Gewerksvereins im härtesten Kampfe mit der Sozialdemokratie, nur alles das konnte den Kampfesmut erzeugen, mit dem heute der christliche Gewerksverein sich der revolutionären Sozialdemokratie widersetzt, obwohl es von vornherein zweifelhaft war, ob die vorzunehmenden Angriffe mindererwertiger Elemente, an denen die sozialdemokratische Bewegung so reich ist, sich während des Streiks nicht bald mächtiger einsetzen würden als Polizei und Gendarmerie.

Die christlichen Gewerkschaftler

aller Verneinungen liegen die Interessen, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, nicht wider seine bessere Ueberzeugung, wider den dazugehörigen volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen vor dem sozialdemokratischen Terror kapitulieren wird. Ist doch gerade er berufen, denkwürdiger wie es andere christliche Gewerkschaften vermögen, zu zeigen: den grundsätzlichen Unterschied in

der Stellung zum Streit zwischen christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Und dieser Unterschied besteht darin, daß die christlichen Gewerkschaften den Streit ausschließlich als wirtschaftliches und letztes Kampfmittel ansehen, während er für die Sozialdemokratie nicht bloß wirtschaftliches, sondern auch politisches Kampfmittel ist und daneben noch als internationales Demonstrationsobjekt benutzt wird. Die unterschiedliche Handhabung des Streiks zwischen sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften ist von letzteren im Verlaufe der jüngsten Zeit mehrfach hervorgekehrt worden. Es braucht nur erinnert zu werden an die parlamentarischen Diskussionen über die den Verbänden für das staatliche und öffentliche Verkehrsgewerbe zu stehenden Kampfmittel — für die bekanntlich die christlichen Gewerkschaften den Streit ablehnen — und an den Aufbruch des Ausschusses des christlich-nationalen Arbeiterkongresses im vergangenen September gelegentlich der letzten Marokkofrisis. Der gegenwärtige Bergarbeiterstreik an der Ruhr aber ist nicht in der Hauptsache aus den sozialen Verhältnissen im Ruhrbergbau verursacht. Jedem Einsichtigen beweisen heute die Tatsachen, daß der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter gegenwärtig eine geschichtliche Mission erfüllt von größter Bedeutung für Volkswirtschaft und Vaterland. Jedem Denkenden wird es heute klar, daß die sozialdemokratische innere Gefahr nur zu bannen ist durch eine selbständige, starke, nicht sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die auf der einen Seite eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter darstellt, auf der anderen Seite aber auch stark genug ist, um der sozialdemokratischen Gewalt Herrschaft, gestützt auf ein starkes Staatswesen, Widerstand zu leisten.

Ein neuer Zwangsarbeitsnachweis.

Für uns als christliche Gewerkschaftler ist es schon lang nichts Neues mehr, daß jene Leute, die nicht genug Zeter und Mordio schreien können über den Zwang, die Knechtung, den Terrorismus und die Ausbeutung durch die Arbeitgeber, genau zu denselben Mitteln greifen als diese. Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband hat sich auf diesem Gebiete ja schon immer besonders hervorgetan, neuerdings macht er auch in Düsseldorf mit seiner Zwangsarbeitsnachweis Schule. Zwar vollzieht sich die Vorgang nicht vor dem Forum der Öffentlichkeit, daß glaubt man hinter verschlossenen Türen der Sache unsonst dienen zu können.

Die Spezialfabrik für Warenhaus- und Badeneinrichtungen die Firma Gebrüder Schöndorff, Aktiengesellschaft in Düsseldorf, ist schon seit jeher als eine Hochburg des roten Verbandes betrachtet worden. Man glaubte dazu umsonst eine Berechtigung zu haben, als man bei den Inhabern der im Laufe des Jahres 1911 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Betriebes eine bestimmte Gesinnungsverwandtschaft vermutete. Wohl arbeiten auch eine Anzahl Mitglieder unseres Verbandes bei der Firma, doch sind diese Kollegen schon 6—15 Jahre im Betriebe. Als im Sommer des Jahres 1910 einige Mitglieder unseres Verbandes neu anfragen war natürlich „Feuer auf dem Dach“ und der sonst mächtige rote Verband glaubte sich in seiner Existenz bedroht. Eine wüste Hege setzte ein, der denn auch mehrere Kollegen unseres Verbandes zum Opfer fielen. Wie allerdings jene Kollegen, die jahrelang von dem Gegner in der erbärmlichsten Weise bekämpft wurden, es schließlich doch fertig brachten in die Reihen dieser Gesellschaft überzutreten, bleibt für uns vorläufig noch unverständlich. Es mußte alles zusammenhelfen um die Hochburg zu halten; der Portier des Betriebes hat die Aufgabe, um Arbeit zusprechende Schreiner auf ihre Verbandszugehörigkeit zu prüfen und solche, die nicht waren, abzuschließen, was er denn auch redlich befolgte. Um Meister Bernerker beliebte einen unserer Kollegen in der folgenden Weise auszusprechen: „Sie haben den Fehler, daß Sie christlich sind; haben Sie denn auch eine christliche Gottesbank? Wenn Sie Mohammedaner wären, in welchem Verbande wären sie dann; ich meine das wäre nicht auf diese Weise angefeht, zog es auch mancher Kollege von selbst das Eldorado wieder zu verlassen. Nun allerdings hatten sich die Verhältnisse genügend entwickelt; der Betrieb hat mit Aufträgen zu tun und man setzte seitens des roten Verbandes dem Herrn Schöndorff die „Pistole auf den Brust“. Eines schönen Tages wurden die Arbeiter des Betriebes, 750 an der Zahl, davon nach der Angabe des roten Verbandes 450 Holzarbeiter einschließlich Holzträger, Laubhütchen etc. mit der folgenden Einladung beglückt:

„Achtung! Achtung! Donnerstag den 15. Februar abends 6 Uhr findet im Saal'schen Lokale, Münsterstraße, eine Versammlung der freigestellten Kollegen der Firma Gebrüder Schöndorff, Rotherstraße statt. Die Besamntgabe der Tagesordnung erfolgt in der Versammlung. Sämtliche Meister sind zu dieser Versammlung höflich eingeladen. Sämtliche freigestellten Kollegen haben unter Beachtung der Sicherheit des Betriebes geschlossen um 6 Uhr die Arbeit ruhen zu lassen. Wir erwarten von der Disziplin unserer Kollegen, daß unter Beachtung der Besamntgabe der freien Verbände: Die Verwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.“

Zu dieser Versammlung hatte sich auch der Chef, Herrmann Schöndorff, eingefunden. Da die Versammlung wie aus der Einladung hervorgeht, hinter verschlossenen Türen abgehalten wurde, uns jedoch verschiedene Dinge zur Kenntnis kamen, wandten wir uns mit dem folgenden Schreiben an die Firma:

Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Verwaltung Düsseldorf, Lützenstraße 37.
Düsseldorf, den 27. Februar 1912. An die Firma Gebrüder Schöndorff A.-G. Düsseldorf. Wie wir erfahren haben, zwischen Ihrer Firma und dem deutschen Holzarbeiterverband eine Abmachung getroffen worden sein, die dahin geht, in Zukunft nur noch Arbeiter von dem genannten Verbande in Ihren Betriebe einzustellen. Mit Rücksicht darauf, daß auch wir mit Ihnen einen Tarifvertragsverhältnis haben und Mitglieder un-

Verbandes in Ihrem Betriebe beschäftigt sind, wir somit ein großes Interesse an der Angelegenheit haben, gestalten wir uns die höfliche Anfrage inwiefern das oben Angeführte zutrifft? Wir bitten um eine diesbezügliche gefällige Mitteilung, auch wäre es uns sehr angenehm, wenn wir eine kurze Rücksprache in dieser Angelegenheit mit Ihnen haben könnten. Mit vorzüglicher Hochachtung für die Verwaltung J. A. Aloys Heinholt."

Darauf erhielten wir die hier wiedergegebene Antwort:

"Gebrüder Schöndorff, Aktiengesellschaft, Düsseldorf, den 23. Februar 1912, Rathstraße 49. Zittl. Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands, Düsseldorf, Luisenstraße 37. Wir bestätigen den Empfang Ihrer Zuschrift vom 27. d. M. und teilen Ihnen in höflicher Erledigung ergebenst mit, daß wir mit dem deutschen Holzarbeiterverbande eine Vereinbarung im Sinne Ihrer Mitteilung nicht getroffen haben, im Gegenteil, wir haben eine derartige Vereinbarung wiederholt abgelehnt und haben dieserhalb schon erhebliche Differenzen mit Mitgliedern des deutschen Holzarbeiterverbandes, mit dem Arbeiterausschuß und mit der Verwaltung des deutschen Holzarbeiterverbandes gehabt. Tatsache ist aber, daß die bei uns beschäftigten Leute in einer Versammlung beschlossen haben, nur mit Leuten, die durch den Arbeitsnachweis des deutschen Holzarbeiterverbandes vermittelt seien, zu arbeiten. Tatsache ist, daß ein Mann, der eingestellt war, ohne die Vermittlung des deutschen Holzarbeiterverbandes, von den bei uns beschäftigten Leuten heraus gedrängt worden ist und es wird uns deshalb sehr angenehm sein, wenn Sie uns in der Angelegenheit einmal besuchen wollen. Wir stehen Ihnen zu einer Rücksprache sehr gerne zur Verfügung, da wir bekanntlich auf dem Standpunkte stehen, daß es ganz dasselbe Unrecht ist, wenn die Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes christlich organisierte, und unorganisierte Arbeiter verdrängen wollen, oder wenn die Dinge umgekehrt liegen. Nach unserer Auffassung muß jeder das freie Recht der eigenen Meinung haben und kann dieserhalb weder von seinen Arbeitgebern, noch von seinen Kollegen, den Arbeitnehmern schikanter oder terrorisiert werden. Unser Herr Herrmann Schöndorff legt Wert darauf, eine event. Rücksprache mit Ihnen selbst zu haben. Da derselbe außerordentlich in Anspruch genommen ist, bitten wir um vorherige telefonische Besprechung, wann die Rücksprache stattfinden soll. Hochachtungsvoll Gebrüder Schöndorff, Aktiengesellschaft. pps. Name unleserlich."

Dieses Schreiben bestätigt unsere Annahme, es bestätigt ferner, daß der rote Verband selbst vor einem Tarifbruch nicht zurückschreckt um seine Position zu halten. Die Ausschaltung und, um im roten Jargon zu reden, die Ausschaltung einer Minderheit, über die sich die Sozialdemokratie bei anderen Gelegenheiten nicht genug entrüsten kann, wurde hier von ihr selbst geübt.

Wir nahmen Gelegenheit, bei der Firma vorstellig zu werden, um den Sachverhalt noch genauer festzustellen. Herr Schöndorff erklärte uns jedoch, daß sich trotz des Tarifvertrages an dem Beschluß des deutschen Holzarbeiterverbandes nichts ändern lasse, es sei nun einmal so, daß er sich dem Willen seiner Arbeiter (lies dem Willen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes) fügen müsse, wenn er auch, wie es in dem Schreiben schon mitgeteilt sei, jedem das Recht der freien Betätigung zuerkenne. Merkwürdig an der Sache war für uns die Mitteilung des Herrn Schöndorff, daß er dem Beamten des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes (Schöder) von unserem Briefwechsel Kenntnis gegeben habe.

Hiermit übergeben wir unseren Mitgliedern und auch der Öffentlichkeit wieder einen neuen Beweis der Knebelung der Gewissens- und Organisationsfreiheit der sogenannten „freien“ Gewerkschaften, insonderheit des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes. Es beweist dieser Vorgang wieder so recht deutlich, mit welchen Mitteln der rote Verband arbeitet, um Anhänger zu gewinnen. Und das erlaubt er sich angesichts unserer 720 christlich organisierten Holzarbeiter am Orte. Das letzte Wort wird in dieser Sache allerdings noch nicht gesprochen sein.

Mögen unsere Kollegen aber aus dem Vorkommnis lernen, was ihnen schon so oft bedeutet wurde, daß es keine größere Verlogenheit gibt als die Devise der Sozialdemokratie: „Für Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit.“

Holzindustrie und Gewerbeaufsichtsamt in Baden.

Alljährlich werden die Berichte der Fabrikinspektionen sowohl in der Arbeiterschaft als auch in solchen Kreisen, welche sich mit der Arbeiter- und sozialen Frage befassen, mit gewisser Spannung erwartet und dem Inhalt nachgeprüft. Dabei darf gesagt werden, daß der Bericht der badischen Fabrikinspektion sowohl hinsichtlich des gebotenen Materials, als auch was Anordnung des Stoffes anbelangt, zu den besten und inhaltsreichsten gezählt werden darf. Und auch für die in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe beschäftigten Arbeiter bieten dieselben beachtenswertes Material, weshalb auch hier eine Besprechung sehr wohl am Platze erscheint.

Vorweg sei bemerkt, daß bezüglich der Bezeichnung eine Aenderung eingetreten ist, als es in Zukunft nicht mehr Fabrikinspektion bzw. Fabrikinspektor, sondern Gewerbeaufsichtsamt bzw. Gewerbeinspektor heißen soll. Diese Aenderung erschien notwendig, weil Pflicht und Auftrag die Beamten der Fabrikinspektion auch in die Werkstätten des Handwerks, in die Heimarbeit, in die Ateliers der Kleider- und Wäschekonfektion, auf Bauten, in Steinbrüche usw. führten, und weil man Aufstoß daran nahm, daß in kleinen, nicht fabrikmäßigen Anlagen der Fabrikinspektor erschien.

Betrachtet man zunächst die allgemeine Tätigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes, so ist festzustellen, daß die Zahl der Reisetage der Beamten von 1220 im Jahre 1910 auf insgesamt 1510 im Jahre 1911 gestiegen ist. Auch die Zahl der für die Betriebe erlassenen Auflagen stieg von 4267 auf 4958 im Berichtsjahre, und zwar wurden diese Auflagen erlassen für 2270 Betriebe. Die wohlthuende Wirkung dieser Auflagen für die Arbeiterschaft läßt sich wohl einigermaßen

herauslesen, wenn man bedenkt, daß 1325 Auflagen erlassen wurden zur Verhütung gesundheitschädlicher Einflüsse, als da sind Beleuchtung, Staubbeseitigung, Beseitigung von Rauch, Dämpfen und Gasen, Aufstellung von Spundkäpfen, Reinhaltung von Arbeits- und Aufenthaltsräumen, Vornahme von Wandanstrichen, Heizung, Beseitigung ungeeigneter Arbeits-, Wohn- und sonstiger Räume, Einrichtung von Bedürfnisanstalten und Reinhaltung solcher, Beschaffung von Garderobe-, Aufenthalts- und Speiserräumen, Wasch- und Waderäume, Wasserzapfstellen, überfüllte Arbeitsräume, Verbesserung von Schlaf-, Wohn- und Arbeitsräumen, Schutzdächer, Sitzgelegenheiten, Verbesserungen von Bäckereizimmern usw.

Weiter wurden 1120 Auflagen erlassen zum Zwecke der Unfallverhütung und zwar davon hinsichtlich Dampfesseln und Zubehör 24* (8), Dampfmaschinen und sonstige Betriebsmotoren 56 (11), Transmissionen und Nientrieben 134 (24), Aufzügen und Fahrstühlen 52 (60) und neben andern für Maschinen zur Holzbearbeitung 150 (227). Außerdem wurden 1913 Auflagen zum Allgemeinschutze der Arbeiter erlassen. Die Zahl der Auflagen zur Unfallverhütung bei Maschinen zur Holzbearbeitung sind in den beiden letzten Jahren zurückgegangen. Während diese noch im Jahre 1908 262 betrug, stieg dieselbe im Jahre 1909 auf 302 und ging im Jahre 1910 auf 227 und im Berichtsjahre gar auf 150 Auflagen zurück. Wenn daraus der Schluß gezogen werden darf, daß an den Maschinen der Holzbearbeitung die Unfallverhütungsmaßnahmen mehr Beachtung gefunden haben, und wenn diese Tatsache wirklich eine Verminderung der Unfallgefahren für die betr. Arbeiter im Gefolge hätte, so wäre dies zweifellos ein erheblicher Fortschritt, und ist auch hier die segensreiche Wirksamkeit des staatlichen Arbeiterschutzes zu erkennen.

Inwiefern die Arbeiterschaft hiervon direkt Gebrauch zu machen versucht, geht daraus hervor, daß aus dem Kreise der Arbeiterschaft 143 (140) Schriftsätze über Mißstände in gewerblichen Anlagen einliefen. Von Arbeitern unmittelbar 55 (65) und von ihren Vertretungen, Organisationen usw. 79 (75). Außerdem wurden 9 (16) Beschwerden mündlich vorgebracht. Es erschienen Personen aus dem Arbeiterstande zu mündlichen Verhandlungen 11 (15), während 156 (193) Arbeitgeber erschienen.

Nicht selten trifft man in Arbeitstätten eine gewisse Furcht oder Scheu an, mit der Fabrikinspektion in Verbindung zu treten, weil man Unangenehmlichkeiten im Betriebe erwartet. Verschwinden diese zum allergrößten Teile unberechtigten Befürchtungen, so wird jedenfalls der Verkehr der Arbeiter mit dem Gewerbeaufsichtsamt sich steigern.

Beachtenswert erscheint die in dem Jahresberichte festgestellte Tatsache, daß auch im letzten Jahre die Zahl der Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern und der diesen gleichgestellten Anlagen, wie auch die Zahl der Arbeiter gestiegen ist. Betrug doch die Zahl dieser Betriebe im Jahre 1908 10425, 1909 10704, 1910 10751 und im Jahre 1911 gar 11389, während die Zahl der Arbeiter von 246864 im Vorjahre auf 263880, also um 17016 stieg. Davon sind erwachsene männliche Arbeiter 169715; erwachsene weibliche Arbeiter 69991; 24029 junge Leute, davon 13757 männliche und 10272 weibliche; 145 Kinder, davon 82 männliche und 63 weibliche. Die Gesamtzahl der beschäftigten Kinder ist zurückgegangen von 532 auf 145, und zwar sind die männlichen gestiegen von 77 auf 82, während die Zahl der weiblichen von 455 auf 63 zurückgegangen ist.

Beschäftigt waren in einem Betriebe insgesamt gerechnet durchschnittlich 23,2 (22,9) Arbeiter; in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe dagegen durchschnittlich 11 (11) Arbeiter. Mit 1529 (1450) = 9,5% (13,5%) steht die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe hinsichtlich der Zahl der Anlagen im letzten Jahre an 4. Stelle, im Jahre 1910 an 2. Stelle. Beträchtlich zugenommen haben die Zahlen der Anlagen in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel von 3321 auf 6138; das Baugewerbe von 690 auf 1997; Industrie der Steine und Erden von 776 auf 1622 (hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Gewerbeinspektion 751 Steinbrüche und Gräbereien neu unterstellt wurden). Hinsichtlich der Zahl der Arbeiter steht die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe an achter Stelle neben den übrigen Industrien. Im Vorjahre dagegen an sechster Stelle. Am meisten gestiegen ist die Zahl der Arbeiter im Baugewerbe, und zwar von 11154 auf 18750.

Die Zahl der vorgenommenen Revisionen ist auch im Jahre 1911 wieder bedeutend gestiegen von 6776 im Jahre 1910 auf 10465, also um 3689 Revisionen. Davon wurden ausgeführt in der Nacht 14 (16) und 53 (62) an Sonn- und Festtagen; 9347 wurden einmal, 466 zweimal und 58 mehr als zweimal besucht. Also wurden 61,7 (57,6)% der Betriebe revidiert, die 72,2% der gesamten Arbeiterzahl beschäftigten. Revidiert wurden in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 76,2 (71,1)% der Betriebe. Außerdem wurden im Berichtsjahre 163 Hausindustriebetriebe 106 Handwerksbetriebe, 1 Mädchenheim, 2 landwirtschaftliche Betriebe und 216 Neubauten besichtigt, so daß die Gesamtzahl der vom Gewerbeaufsichtsamt ausgeführten Revisionen 10953 gegen 8901 im Vorjahre beträgt.

Für die Arbeiter besonders beachtenswert sind einige Ergebnisse, die bei Prüfung der Beschwerden über Mißstände in Betrieben sich ergaben. Die Beschwerden von Gewerkschaften und Arbeiterskretariaten überwiegen stark und nur ein Bruchteil stammen von einzelnen Arbeitern. Dabei wird hervorgehoben, daß manche Arbeiter sich noch der Anonymität bedienen zu müssen glauben, was jedenfalls zu verwerfen ist. Die Gewerbeinspektion sagt, daß anonyme Beschwerden in der Regel schlechter begründet seien, ein Grund zu der Annahme, daß man glaubt unter dem Schutze der Anonymität sich mehr Oberflächlichkeit und Sonstiges erlauben zu dürfen. Die Zahl der mehr oder weniger stark übertriebenen und der ungerechtfertigten Beschwerden sei noch verhältnismäßig groß.

* Die eingeklammerten Zahlen sind die des Vorjahres.

„Gelegentlich wird irgend ein kleiner Mißstand nur gemeldet, weil einzelne Arbeiter aus andern Gründen das Erscheinen des Gewerbeinspektors wünschen; auch gibt es und dort Klagegütige, die bald erkannt und entsprechend beachtet werden. Ein besonders hartnäckige Querulant schrieb in der dringendsten Form, bat um Unterredungen, veröffentlichte einen Aufsatz in seiner Fachpresse und sandte schließlich noch das Arbeiterskretariat ins Kreise — alles wegen belangloser Dinge. In einem Fall vermittelte die Gewerkschaft eine Beschwerde, deren Ausgangspunkt die, der Gewerkschaftsleitung natürlich nicht bekannte Drangsalierung eines nicht organisierten Arbeiters durch Organisierte war. Manchmal liegt der Fall vor, daß durch Gewährung einer längeren Frist auf den Arbeitgeber Rücksicht genommen werden muß. So beschwerten sich die Arbeiter einer größeren Schreinerei mit Recht über das Fehlen einer Entkaubungsanlage; schwere Erkrankung des Inhabers und finanzielle Schwierigkeiten begründeten Friststellung. Beschwerden auf Beschwerden folgten: Arbeiterskretär, Vertrauensmann des Verbandes und Verbandssekretär wurden wiederholt mündlich und schriftlich vorstellig. Auf Antrag dieser Beamten sollten zwei Arbeiter dem Gewerbeinspektor die wichtigsten Mißstände im Betriebe zeigen. Aber es ergab sich, daß diese Arbeiter auf eine Verhandlung mit dem Arbeitgeber nicht gefaßt waren. Eine Bescheinigung der mit aller Entschiedenheit durchgeführten Angelegenheit wurde durch all dies Drängen nicht erreicht.“

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß es auch da und dort noch Arbeitgeber gibt, die sich mit der Gewerbeinspektion schlecht befreunden können. So machte ein Fabrikant des Oberlandes in den letzten Jahren wiederholt die größten Schwierigkeiten und setzte auch im Berichtsjahre den gemachten Vorschriften den äußersten Widerstand entgegen. „In einer Werkstätte der Tabakindustrie erschwerte der Betriebsinhaber trotz gütlichen Zuredens die Beschäftigung durch grobe Ausfälle und bestritt, obgleich er genügend Aufklärung erhielt, das Recht der Beamten zur Revision. Wegen eines den Neubau eines Schulhauses revidierenden technischen Assistenten wurde der bauausführende Maurermeister so ausfallend, daß die Durchführung der Revision schwer fiel. Bei der Revision einer Bürstenfabrik, die im Besitze des Arbeitgebers und des Betriebsleiters erfolgt, suchte der Letztere die Kontrolle der Desinfektion der Rohwaren durch offensichtlich unrichtige Angaben und unangemessene Antworten fortgesetzt zu stören. Während er energisch zurechtgewiesen wurde, hatte sich der Arbeitgeber in aller Stille verzogen und erschien auch während der Dauer der Revision nicht mehr, die Verantwortung für festgestellte Gehehwidrigkeiten seinem Untergebenen überlassend.“

Tabellarische Zusammenstellungen gaben Aufschluß über die in Baden im Jahre 1911 stattgefundenen Streiks und Ausperrungen, sowie über die abgeschlossenen Tarifverträge, die zur Kenntnis des Gewerbeaufsichtsamtes gelangten. Demnach erstreckten sich 52 Streiks und Ausperrungen auf 852 Betriebe, wovon 348 stillgelegt wurden. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt 31353, jedoch die Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden, bzw. Ausgesperrten nur 18511. Die Dauer dieser wirtschaftlichen Kämpfe bewegt sich zwischen ein Tag und 11 Wochen. In 37 Fällen war die Lohnfrage, in 10 Fällen auch die Arbeitszeit die Ursache der Differenzen. In 12 Fällen wurde ein Tarifvertrag gefordert. Als sonstige Ursachen der Kämpfe heben wir hervor: gefordert wurde die Entlassung eines nicht organisierten Arbeiters, die Wiedereinstellung eines Entlassenen wurde in 5 Fällen verlangt, in 2 Fällen die Einhaltung des Tarifs. Abgeschlossen wurden nach diesen Angaben insgesamt 20 Kollektiv- und 22 Einzelverträge.

Von den Angaben über den Beschäftigungsgrad in einzelnen Industriezweigen interessiert uns besonders, daß der lebhafteste Geschäftsgang in der Uhrenindustrie auch im Berichtsjahre anhielt. Dies trat auch in Erscheinung durch zahlreiche Besuche am Ueberarbeiter zur Erledigung der Weisnachtaufträge. Der gute Geschäftsgang und der Mangel an Arbeitskräften hat aber auch insofern eine üble Begleitererscheinung, als die ungesegliche Kinderarbeit nicht abgenommen hat. „Da die meist feinen Arbeiten von den kleinen Kinderhändchen geschickt verrichtet werden, zieht man zahlreiche Kinder, vom zartesten Alter an, zur Arbeit. Es wurden Kinder von sechs und sieben Jahren angetroffen, die sich täglich längere Zeit mit „Nugensdecken“ beschäftigen; meist wird den Kindern eine gewisse tägliche Arbeitsmenge vorgeschrieben. Nicht selten kommt es vor, daß Kinder mit Arbeiten betraut werden, welche auf Grund der Anlage zu § 4 des Kinderbeschutzgesetzes verboten sind, z. B. mit Bohrarbeiten.“

Die Bürstenindustrie war recht gut beschäftigt. Jedoch hatte neben den andern mit Wasserkraft arbeitenden Industrien des Schwarzwaldes auch die Bürstenindustrie unter den durch die außergewöhnliche Trockenheit des letzten Sommers hervorgerufenen Wassermangel zu leiden. Aus dem Wieselthal ist uns bekannt, daß in verschiedenen Betrieben aus diesem Grunde die Arbeitszeit erheblich eingeschränkt werden mußte. Recht bezeichnend für die Zustände in der Bürstenindustrie ist folgender Fall:

„In der abgelegenen Filiale einer Bürstenfabrik wurde festgestellt, daß die Arbeiterinnen an Samstagen noch neun Stunden arbeiteten. Die Vorarbeiterin, über die Bestimmungen der Gewerbeordnung belehrt, erklärte, dann müsse sie dem Einzelgerinnen mehr Arbeit nach Hause mitgeben. Als sie dies unter Hinweis auf § 137a der Gewerbeordnung unterlag wurde, brach unter den Arbeiterinnen ein Sturm der Entrüstung los. Man könne ihnen doch das Arbeiten und Verdienen nicht verbieten; ohne Hausarbeit bis zehn oder zwölf Uhr nachts verdiene man nicht genug.“

„In der Bürstenhausindustrie wurden zahlreiche Heimstätten besichtigt; 70 schulpflichtige Kinder, von denen viele das zehnte Jahr noch nicht erreicht hatten, waren mit Sticken von Bürsten beschäftigt.“

Ueber die ebenfalls für die Büchsenindustrie wichtige Abhandlung betr. Milchbrandgefahr wurde in unserm Organ bereits berichtet, sodas hier nur auf diese Darlegungen hingewiesen zu werden braucht.

Gaben wir oben einen kurzen Auszug aus dem umfangreichen Bericht des badischen Gewerbeaufsichtsamtes wiedergegeben, so sei noch darauf aufmerksam gemacht, das derselbe weiter noch beachtenswertes Material u. a. über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Baden, über Wohnungsverhältnisse, über Urlaub, über Verhältnisse in der Zigarren- und Zementindustrie usw. enthält. Es ist deshalb den badischen Zastellen insbesondere zu empfehlen den Bericht für die Bibliotheken zu beschaffen, sofern derselbe nicht schon durch die Fabrikinspektion überwiesen wurde. Eine Besprechung desselben in den Versammlungen wäre jedenfalls sehr lohnend, wie überhaupt das Studium dieses Materials auf das Beste empfohlen werden muß.

Dadurch wird dann auch weiter, und diesem Zwecke haben wir mit der Wiedergabe dieses Auszuges ebenfalls dienen wollen, das Interesse der Arbeiterschaft für den staatlichen Arbeiterschutz und für die Gewerbeinspektion geweckt und gefördert, und wird dann auch die Tätigkeit derselben noch wirksamer gestärkt werden können, nicht zuletzt im ureigensten Interesse der Arbeiter selbst.

Unser Verband in Berlin.

Berlin ist eine Hochburg der Sozialdemokratie. 265 089 sozialdemokratisch Organisierten standen Jahreschluß 1910 5097 christlich organisierte Gewerkschaftler gegenüber. Bei den Reichstagswahlen wurden 1907 in der Stadt Berlin (6 Wahlkreise) 251 197 sozialdemokratische gegen 128 176 bürgerliche Stimmen abgegeben, (am 12. Januar 1912: 307 762 gegen 100 805). Das sind Zahlen die fast erdrückend wirken. Allein, christliche Gewerkschaftler sind auch in schwierigen Gebieten arbeitslos optimistisch.

Lebhaft hat unsere Zastelle eine Statistik aufgenommen. Es beteiligten sich daran 268 Kollegen, die in 184 Betrieben mit im ganzen 6532 darin Beschäftigten arbeiten. Leerstehende Plätze in diesen Betrieben wurden 492 ermittelt. Von den 6532 Beschäftigten gehören dem sozialdemokr. Holzarbeiter-Verband 5057 an, 350 anderen Organisationen; (Freie Vereinigung, — Fachverein, dieser besonders in der Musikinstrumentenbranche — Tisch-Dummkörper Gewerbeverein — Katholische Fachabteilung — Selbe.) Unorganisierte wurden 857 ermittelt. Von diesen allein in zwei Großbetrieben, wo zum größten Teil ungelehrte Arbeiter in Frage kommen, zum anderen es bis dato in diesen Betrieben besonders schwer gehalten, der Organisation Eingang zu verschaffen, kommen 547 in Betracht. Für die Statistik kommen 16 Branchen in Frage. Es arbeiten von unseren Kollegen in 139 Betrieben je einer mit im ganzen 4571 anderen zusammen. Davon sind im sozialdemokratischen Verband 2871, in anderen Organisationen 231 und 240 unorganisiert, leerstehende Plätze waren hier 291. Von den 139 Betrieben, in denen je einer unserer Kollegen arbeitet, waren 54 mit im ganzen 1—10 Beschäftigten, 35 mit 10—20, 17 mit 20—30, 7 mit 30—40, 8 mit 40—50, 6 mit 50—60, 2 mit 60—70, 3 mit 70—80, 2 mit 80—90, 4 mit 90—100, 1 mit über 100. Der Durchschnitt der in den 139 Betrieben Beschäftigten beträgt circa 25 Personen. Des weiteren arbeiten in 29 Betrieben je 2 unserer Kollegen mit 1352 anderen zusammen, davon im sozialdemokratischen Verband 1000, in anderen Verbänden 96, unorganisiert 192, leerstehende Plätze waren hier 149 vorhanden. In 7 Betrieben arbeiten je 3 Kollegen mit 394 anderen zusammen. Davon sind im sozialdemokratischen Verband 285, in anderen 7, und 36 unorganisiert; leerstehende Plätze 28. In 3 Betrieben arbeiten 4 Kollegen mit 105 anderen zusammen, davon sind im sozialdemokratischen Verband 93 in anderen keiner, unorganisiert auch keiner; leerstehende Plätze gab's hier 2. In 3 Betrieben waren je 5 der Kollegen mit im ganzen 75 anderen zusammen, davon 41 im sozialdemokratischen Verband, 16 in anderen und 3 unorganisiert; keine Plätze waren 11 vorhanden. In einem Betrieb standen 8 unserer Kollegen mit 450 anderen zusammen, davon im sozialdemokratischen Verband 442, in anderen Verbänden keiner; unorganisiert war auch keiner; leerstehende Plätze gab's 3. In einem Betrieb arbeiten 9 mit 129 anderen zusammen, davon im sozialdemokratischen Verband 105, in anderen keiner, unorganisiert 6; keine Plätze 8. In einem Betrieb waren 10 mit im ganzen 610 anderen zusammen, davon ca. 220 im sozialdemokratischen Verband, in anderen Verbänden keiner, unorganisiert sind ca. 380.

Holzindustrielle Betriebe gibt es in Groß-Berlin etwa 3000 mit rund 36 000 Beschäftigten. Unorganisierte kommen noch dazu 5 bis 6-Lausend in Frage.

Was ist nun der Zweck dieser Statistik? — Sie will den Nachweis erbringen, das es unseren Kollegen, obwohl sehr oft Angehörigen einer großen Übermacht vor organisierter gegenüberstehend, dennoch möglich ist — wenn auch allerdings oft sehr schwer — sich nicht nur selbst zu behaupten, sondern auch für den Verband dort Terrain zu gewinnen, wo man es oft nicht für möglich hält. Mancher Kampf wird uns auch bei allerdings durchgefochten werden, während es auf der anderen Seite nicht immer ist auch als schwacher Arbeiter und als Mitläufer in der großen Masse zu parodieren. Von unseren Kollegen wird da doch etwas mehr verlangt. In der Arbeit müssen sie ziemlich unabhängig von den anderen sein und möglichst das Beste zu leisten im Stande sein. Daneben aber müssen sie mit dem Wort, mit gewerkschaftlichen, politischen und auch kirchlichen Fragen vertraut sein. Aber das noch nicht kann, muß es hier lernen. Nur so kann er sich als christlicher Gewerkschaftler halten! Wir haben denn auch in unserer Zastelle eine ganze Reihe solcher, auch jüngerer Kollegen, die sehr wohl ihren Namen sehen können und denen der Kampf immer wieder ein Impetus wird sich weiter zu bilden! **Wahlkampfzettelchen** sind unseren Kollegen in der Reichstagswahl viel geboten. Ohne große Geldausgaben können

Fach- und Handwerkerschulen besucht werden. Kunst- und andere Museen stehen in großer Zahl zur Verfügung. Volkswirtschaftliche Vorträge werden in großer Zahl gehalten. Ein erfreuliches Zeichen der Geisteszugehörigkeit und des Wissensdranges ist es, wenn sich bei den mancherlei Anlässen, Vorträgen usw. immer eine größere Zahl unserer Kollegen zusammenfinden. Das bietet uns die sichere Gewähr dafür, das diese Kollegen nicht nur unserer Organisation treu bleiben, sondern, das es auch Kämpfer für unsere Ideale sind. So wurden z. B. die volkswirtschaftlichen Vorträge in der Landwirtschaftlichen Hochschule, veranstaltet vom Bund der Bodenreformer, im Durchschnitt immer von 25—30 unserer meist jüngeren Kollegen besucht.

Im Leben und Streben unserer Zastelle ist der paritätische, obligatorische Arbeitsnachweis Gegenstand fortgesetzter Beachtung. Zufrieden mit dieser Einrichtung sind bis heute weder die Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer. Die Zastelle Charlottenburg des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes hat ihre Verschmelzung mit der Zastelle Berlin davon abhängig gemacht, das das Obligatorium des Arbeitsnachweises aufgehoben wird. (Die übrigen Vorort-Zastellen, wie Rixdorf, Schöneberg und Weiskes haben sich schon am 1. Juli 1911, letztere schon am 1. Okt. 1910, entsprechend dem Beschluß des Münchener Verbandstages des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, als Zastellen eines zusammenhängenden Wohngebietes zu einer Berliner Zastelle vereinigt). Außer der Charlottenburger Zastelle sind es besonders, neben vielen anderen die Bauhändler im sozialdemokratischen Verband, welche gegen das Obligatorium ankämpfen. Es ist für den, der die Dinge kennt, höchst sonderbar, wenn die rote „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt, die Mitglieder wollten das Obligatorium; dem ist ganz bestimmt nicht so. Nur die Zeitung des sozialdemokratischen Verbandes wünscht das Obligatorium. — Einen Nachteil hat das Obligatorium auch insofern, als manche Kollegen Lohnreduzierungen usw. stillschweigend in Kauf nehmen, ohne der Organisation oder der Schlichtungskommission Mitteilung davon zu machen, nur um nicht wieder längere Zeit auf dem Arbeitsnachweis warten zu müssen. Früher waren solche Erscheinungen seltener. Am 15. Februar 1913 läuft der gegenwärtige Vertrag ab. Es wird sich dann Gelegenheit bieten, den gemachten praktischen Erfahrungen Rechnung zu tragen.

Die Arbeitslosigkeit ist, wenn auch nicht mehr so groß wie in den vorhergehenden Jahren, doch auch jetzt noch immer bedeutend, besonders in den ungünstigen Monaten Januar und Juni, sowie im 4. Quartal. Die anderen Zeiten sind für die Erlangung von Arbeit günstiger. Wollen unsere auswärtigen Kollegen nicht zur unredlichen Zeit nach Berlin kommen, wie viele schriftlichen Anfragen beweisen, dann mögen sie diesen Hinweis beachten. Die nachteiligen Wirkungen der Aussperrung 1907 sind noch sehr zu spüren. Die auswärtige Konkurrenz, die an Orten ist, wo die Löhne billiger, die Raumverhältnisse größer, die Arbeitszeit länger und die Löhne niedriger sind, macht der Berliner Holzindustrie viel zu schaffen. Von unseren bezugsberechtigten Mitgliedern erhielten im letzten Jahre 72 für 1110 Tage die Summe von 2242,14 RM an Arbeitslosenunterstützung. (Im Jahre 1910 89 Kollegen für 1415 Tage die Summe von 2487,94 RM). Bezugsberechtigte und Nichtbezugsberechtigte waren im ganzen im Berichtsjahr 4396 Tage arbeitslos.

Der gegenwärtige Modus der Arbeitsvermittlung bringt es mit sich, das unsere Kollegen in die verschiedensten Betriebe hineinkommen. Wenn auch das Verhältnis unter den Kollegen ein besseres unter dem gegenwärtigen gemeinschaftlichen Vertrage geworden ist, so kommt es doch noch vor, besonders in solchen Betrieben, wo zum ersten mal ein christlicher Kollege arbeitet, das dann die Genossen nicht unversucht lassen, unseren Kollegen zu sich herüberzuziehen oder, das einstimmig beschlossen wird, mit dem Christlichen nicht mehr zusammen zu arbeiten. Wir haben öftentlich solche Vorwommisse noch nicht festgesetzt, sondern uns bisher noch stets mit der Verwaltung des sozialdemokratischen Verbandes und der betreffenden Werkstätten auseinandergesetzt, das Verhältnis ist dann auch fast in jedem Falle ein besseres geworden. Von besonderer Wichtigkeit für das Organisationsleben der Berliner Holzarbeiter sind die Betriebsversammlungen. Hier gilt es für unsere Kollegen ihren Namen zu setzen. Verfügt doch der sozialdemokratische Verband hier über eine Kontroll- und Agitationskommission von 445 Mitgliedern, die in einem Vierteljahr ca. 2500 Betriebsversammlungen arrangiert, in denen 20 bis 30 000 und mehr Kollegen erscheinen.

Vorstandsmitglieder, Vertrauensleute und Sekretariat unseres Verbandes in Berlin haben bisher einträchtig und erfolgreich zusammengearbeitet. Eine Beitragserhöhung von 80 Pfg. auf 1,00 RM wurde ab 1. Februar 1911, in einer sehr stark besuchten Generalversammlung gegen nur einzelne Stimmen bei geheimer Abstimmung angenommen. Die Befürchtungen, das infolge der Beitragserhöhung ein Teil der Mitglieder abhüringen würde, was lieber gleich, wenn bei uns man auch Scherereien aus dem Wege zu gehen, um dann wenigstens Ruhe und Frieden zu haben, haben sich, wie vorauszusehen war, nicht erfüllt! Aus diesem Grunde ist auch nicht ein einziger Kollege unserer Organisation mitaus geworden.

Die Mitgliederzahl ist um ein kleines gestiegen. Der Kassenschatz betrug von 2557,70 RM auf 4153,28 RM. Einer Gesamtansatz von 16 231,17 RM stand eine Gesamtansatz von 12 077,89 RM gegenüber. Das Verbands-Ordnungsstatut wurde neu geregelt. Es hat sich bis jetzt bewährt. Das Einfließen der Beiträge bezogen zum größten Teil die 34 Vertrauensleute. Ohne ein geordnetes Vertrauensleutensystem können wir hier nicht zurecht. Damit fest und fällt alles. Auch die Vertrauensleute dazu berufen, die Verbindung mit den Kollegen anrecht zu erhalten, so bleibt demnach für besondere Fälle noch viel zu tun übrig. Vom Sekretär wurden 165 persönliche Besuche bei Mitgliedern gemacht, welche fast immer den Erfolg hatten, das was die Kollegen erheben können und auch noch der eine oder andere dazu gewonnen wurde. Die Erfahrung lehrt immer wieder, das

Kollegen, die die Versammlungen nicht besuchen und somit leicht aus dem Zusammenhang und aus der Gemeinschaft geraten, leicht auf die schiefe Ebene kommen und dann unserer Organisation verloren gehen. Diesen Erscheinungen wird unsererseits ein ganz besonderes Augenmerk gewidmet.

Alles in allem ist hier ein schwieriges Feld zu bearbeiten. Die gewaltige Übermacht der sozialdemokratischen Arbeiterschaft erfordert auf unserer Seite doppelt gefestigte Charaktere und Persönlichkeiten! Unermüdet wird an der Erreichung dieses Zieles gearbeitet, und zwar mit Erfolg. Ausnahmen können uns nicht entmutigen. Ist es bedauerlich, wenn hier und da ein Kollege durch seine Unerfahrenheit oder auch aus Schwachheit in der Arbeitsleistung uns verloren geht und bei den Genossen Mitglied wird, so haben wir andererseits die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, das wir eine ganze Reihe von Übertritten aus dem sozialdemokratischen Verband zu verzeichnen haben. Die zu uns übergetretenen Kollegen haben einsehen gelernt, das es ein Übel ist, christlich gesinnt und rot organisiert zu sein. Kollegen die drei, vier, sechs und acht Jahre im sozialdemokratischen Verband Mitglied waren, sind zu uns übergetreten.

Der gegenwärtige, für uns an den Verhältnissen gemessene Stand ist nicht schlecht. Er kann und darf uns aber nicht befriedigen. Wenn alle Kollegen wie im letzten Jahr treu zusammenstehen und jeder bemüht ist, persönlich das Möglichste und Beste zu leisten, so dürfen wir wohl mit Recht auf einen weiteren Fortschritt im Jahre 1912 hoffen. a. weigert

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Zur Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, das mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 17. März bis 23. März fällig ist.

Die Zastelle Elbing erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. (Gesamt-Wochenbeitrag 60 Pfg.)

Abrechnungsformulare: Zastellen, die Sektionen mit eigener Verwaltung haben, können durch die Geschäftsstelle des Verbandes für diese Sektionen besondere Abrechnungsformulare beziehen.

Flugblatt. Der dieswöchentlichen Zeitungsendung liegt ein Flugblatt „Nuket die Stunde“ bei. Für eine gute Verbreitung wollen die Ortsverwaltungen Sorge tragen.

Verlorene Mitgliedsbücher. Nr. 44 349, Joh. Treffel; Nr. 51 900, Karl Heilig (wurde geschlossen); Nr. 64 105, Josef Schäfer. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluß einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Bezug ist fernzuhalten von

Tischler, Drechsler, Bildhauer, Polierer und Holzarbeiter aller Branchen nach Schönlanke und Darmstadt (Darmstädter Möbelfabrik G. m. b. H.)

Lohnbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiete. Das Schreinergerwerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiete befindet sich zur Zeit in einer größeren Lohnbewegung. Die meist im Jahre 1909 nach einem längeren Kampfe vereinbarten Tarifverträge für die Orte Ahlen, Beckum, Bochum, Bottrop, Dorfeld, Dorimund, Essen, Mettenstein, Selsentirchen, Gladbeck, Hagen, Haspe, Hamborn, Herne, Letmathe, Lünen, Lüdenscheid, Lüdgenortmund, Mengede, Delbe, Reddinghausen, Selin-Vort, Waltrop und Wanne sind von uns gelündigt worden und laufen am 15. April ab. Am Mittwoch den 13. März nahmen im Rathaussaal in Essen, unter dem Vorsitz des Herrn Beigeordneten Rath die Verhandlungen zwecks Erneuerung der Verträge ihren Anfang. Die Verhandlungen, welche zwischen den Vertretern der Zentralvorstände geführt wurden, erstreckten sich ausschließlich auf das Vertragsmuster sowie auf die Art und Weise, wie später die Verhandlungen über den materiellen Inhalt der Verträge geführt werden sollen. Eine Einigung haben die zweieinhalbstägigen Verhandlungen nicht gebracht, wenn auch über eine Anzahl Differenzpunkte eine Verständigung erzielt wurde. Die Fortsetzung der Verhandlungen findet am 25. d. Mts. statt und zwar zunächst wiederum zwischen den Vertretern der Zentralvorstände. Im Anschluß daran sollen dann die Ortsparteien in Verhandlungen eintreten. Ob diese Verhandlungen auch in Essen oder an verschiedenen Orten stattfinden, ist noch unbekannt.

Vertragsabschluss in Wiesbaden. Nach längeren, schwierigen Verhandlungen ist nun auch in Wiesbaden ein Vertragsabschluss zustande gekommen. Freitag den 15. März wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Verhandlungen drohten mehrmals zu scheitern an dem Widerstande der Arbeitgeber, die glaubten, für Wiesbaden eine Ausnahmestellung beanspruchen zu sollen hinsichtlich der Löhne und auch der Arbeitszeit. Schließlich gelang es doch, auf der Grundlage der erneuerten Februarverträge, eine Einigung zu erzielen. Darnach wurde vereinbart ein Durchschnittslohn:

ab 15. März	1912	v. 54 Pfg. pro Stk.
1. Juli	1912	55 " " "
15. Februar	1913	57 " " "
15.	1914	58 " " "

Die Lohnreduktion beträgt an den gleichen Terminen 2—1 — 2—1 Pfa. pro Stunde. Am 1. Juli 1912 tritt ein

Alles im allem haben die Gaudige manches Unterstaute...

Eine Gelfenprüfung.

(Aus der Schlußausgabe des Tagesboten.)

Am 10. Februar waren in München mehrere Kapazitäten...

Die Frage des „Freierwerbens“ werden beim auch in der...

In solchen oder ähnlichen Gedanken wohl, sagen am...

finden werden, daß Prima-Maximale und Gährige morgen...

Ihr sprachen einmütig von Stimmungen. Aber bezaubernd...

Das aber über doch nicht alles unerschöpflich an der...

Die ausgefallenen Verhältnisse waren in der Tat und mit...

recht geringen Ausmaßem geradezu vorzüglich. Der jüngere...

Ungleiches aber Schicksal: warum nicht man die neu eine...

und noch eine Frage: warum nicht man die neu eine...

Ungleiches aber Schicksal: warum nicht man die neu eine...

Ungleiches aber Schicksal: warum nicht man die neu eine...

Ihre wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen, den jüngeren Arbeiter...

Notizen.

Unter der Woche. Wie der rote Kapazitätenverband...

Die Organisationsarbeit der Bauarbeiter soll also an den...

Arbeitervereine im Entlassungswesen. Der sozialdemokratische...

Die Verhältnisse im Schuharbeiterverband betrug nach einer...

Die Verhältnisse im Schuharbeiterverband betrug nach einer...

Die Verhältnisse im Schuharbeiterverband betrug nach einer...

Die Verhältnisse im Schuharbeiterverband betrug nach einer...

1910, im Durchschnitt pro Woche, 54,34 Stunden. 5225 Ge...

Sohnbewegungen und Geschäftskämpfe des Kapazitätenverbandes...

Die Verhältnisse im Schuharbeiterverband betrug nach einer...

Die Verhältnisse im Schuharbeiterverband betrug nach einer...

Die Verhältnisse im Schuharbeiterverband betrug nach einer...

Serfjudenes.

Ein jüdischer Kontrabassist spielte sich durch in Gänge...

fast und auch allgemein bekannt war, somit auch jedermann...

Da nicht angenommen werden kann, daß die Kreise des sozial...

Die christlich organisierten Zechen-Handwerker des Ruhr...

Die heutige im Estale zur Stadt Oberfeld in Essen tagende...

Aus dem gewerblichen Leben.

Bereinigung der Hersteller von Konformitäts. Zum...

B. Gollhaus u. S. Landwirtschaftliche Maschinenfabrik...

Anzeigen der Zahlstellen.

Zahlstelle Kassen. Nach Besammlungs-oral befindet sich...

Zahlstelle Düsseldorf. Nach und Arbeitsschweizer Zaufkassie...

Zahlstelle Köln. Nach Besammlungs- und Bescheid ist jetzt...

Zahlstelle Essen. Besondere Kollegen wollen sich nicht nach ihrer...

Zahlstelle Dortmund. Arbeitsnachweis und Anzeigung der Unter...

Zahlstelle München. Am 2. April d. J. befindet sich das Büro unserer...

Zahlstelle Leipzig. Am 1. April, Freitag, Montag, verzeichnet...

Zahlstelle Tübingen. Nach Besammlungs-oral befindet sich...

750 Mk.) Vortrag auf neue Rechnung; 52 110,86 Mk. Aus...

Literarisches.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, von E. Galm...

Eine vom k. b. Staatsministerium des Innern empfohlene...

Die Preisentwicklung seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts...

Naturwissenschaftlich Technische Volkshochschule der deutschen...

Die Eisenbahn. Von Professor Dr. R. Schreiber. Mit 15 Ab...

Adressenveränderungen.

Böhm. V. Hermann Schimmel, Dorfenerstraße 40. Danzig...

Abrechnung für das Jahr 1911.

Table with financial data for 1911, including Hauptkasse, Einnahmen, and Ausgaben.

Table with financial data under 'II. Ausgaben', listing various support and administrative costs.

Table with financial data under 'III. Abschlag', showing income and expenses.

Table with financial data under 'b) Lokalkassen', listing local branch activities.

Table with financial data under 'II. Ausgaben' for local branches.

Table with financial data under 'III. Abschlag' for local branches.

Table with financial data under 'c) Gesamtbarvermögen', showing total assets.

Fachschule für Handwerk u. Industrie Düsseldorf.

Der Unterricht umfasst wöchentlich 44 Stunden (20 Std. Theorie und...

Eingelegte Fourniere für Kältliche, Schatullen und Füllungen...

Advertisement for Bernard Stadler & Paderborn, featuring a gear logo and text about workshops and training.

Advertisement for Bleistifte (pencils) and other stationery items.

Ein Polierer u. ein Fournierer

auf Tische, Vertikow und Buffets sofort gesucht. Heinrich Maas, Mechanische Tischlerei...

Maschinenarbeiter

zur selbständigen Handhabung der Maschinen. Franz Kramer, Tischlermeister...

Mehrere tücht. Schreiner

auf Küchenmöbel (caroline pine) sowie ein tücht. Maschinenfurnier...

Zwei Möbel- u. ein Bauhandwerker

werden sofort nach Singen a. S. gesucht. Es liegt im Interesse des Verbandes...